

Bankwesen, Geldumlauf und Kreditversorgung in der Volksrepublik Polen

Von Bronislaw Blass, Warschau

I. Organisation des Bankwesens — II. Allgemeine Fragen des Geldumlaufs — III. Der Bargeldumlauf — IV. Die Planung und Lenkung des Geldumlaufs — V. Die Planung und Lenkung der Bankkredite — VI. Das monetäre Gleichgewicht — VII. Organisation der Spareinlagen der Bevölkerung

I. Organisation des Bankwesens

Zu Beginn des Wiederaufbaus Polens nach dem 2. Weltkrieg war der gesamte Bankapparat des Landes zerstört. Er mußte deshalb neu aufgebaut werden und zwar auf der Basis völlig veränderter sozialer und ökonomischer Verhältnisse. Jetzt gibt es in Polen folgende Bankinstitutionen: die Polnische Nationalbank, die Bank für Landwirtschaft, die Investitionsbank, die Handelsbank, die Allgemeine Sparkasse und die Spar- und Kreditgenossenschaften.

Die Polnische Nationalbank ist als einziges Institut berechtigt, Bargeld, d. h. Banknoten und Münzen zu emittieren und in Umlauf zu bringen. Sie ist die zentrale Kreditstelle für sämtliche volkseigenen — staatlichen wie genossenschaftlichen — Unternehmen, ausgenommen die der Landwirtschaft und die der Bauindustrie. Außerdem hat die Nationalbank das Devisenmonopol und führt sämtliche Verrechnungen des Staatshaushaltes auf ihren Konten durch.

Die Bank für Landwirtschaft ist die Kreditstelle für die Landwirtschaft und zwar sowohl für die sozialisierten landwirtschaftlichen Betriebe (vorwiegend Staatsgüter) als auch für die selbständigen Bauern, die sie für langfristige Kredite in Anspruch nehmen können. Die Versorgung der selbständigen Bauern wie auch die der selbständigen Handwerker mit kurzfristigen Krediten erfolgt weitgehend durch die Spar- und Kreditgenossenschaften, die zusammen mit der Allgemeinen Sparkasse auch die Einlagen der privaten Haushalte verwalten.

Mit Mitteln aus dem Staatshaushalt, mit eigenen Mitteln der Betriebsvereinigungen und im Wege der langfristigen Kreditierung finanziert die Investitionsbank die wichtigsten Kapitalanlagen der volkseigenen Wirtschaft. Außerdem stellt sie dem Wohnungsbau in den Städten Geldmittel und Kredite zur Verfügung und ist für die Kreditgewährung an die Bauindustrie zuständig.

Die Handelsbank ist die zentrale Kredit- und Verrechnungsstelle für den Binnenhandel.

Es ist zu beachten, daß die landwirtschaftlichen Investitionen ausschließlich durch die Bank für Landwirtschaft und die Investitionen der Außenhandelszentralen durch die Handelsbank finanziert werden. Kleinere Investitionen der volkseigenen Wirtschaft, die mit eigenen Mitteln und mittelfristigen Krediten durchgeführt werden, finanziert die Nationalbank — außer im Bereich der Landwirtschaft, der Bauindustrie und der Außenhandelszentralen.

Die Bankinstitute sind in Polen dem Finanzministerium untergeordnet; nur die Nationalbank ist eine selbständige Institution. Sie ist aber verpflichtet, die ihr von der Regierung auferlegten Aufgaben im Bereich der Geld- und Kreditpolitik in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Finanzministers durchzuführen.

II. Allgemeine Fragen des Geldumlaufs

Geld kann in Polen nur im Wege der Bankenemission in Umlauf gebracht werden, denn die fiduziäre, d. h. die unmittelbar staatliche Form der Emission ist nicht gestattet. Infolgedessen stellt die Kreditgewährung der Banken die einzige Quelle der Geldmengenvermehrung dar.

Der polnische Staatshaushalt weist alljährlich Überschüsse auf, so daß eine Kreditfinanzierung der Staatsausgaben durch die Banken ausgeschlossen ist. Ihre Kredite kommen ausschließlich der Produktion, dem Warenumsatz und teilweise auch dem privaten Konsum zugute — eine wichtige Voraussetzung für die innere Stabilität der polnischen Währung.

Geld tritt in zwei Erscheinungsformen auf: als Bargeld in Form von Banknoten und Münzen und als Bankgeld in Form von Depositen. In einer sozialistischen Wirtschaft sind die Kreisläufe der Geldformen teilweise abgegrenzt: Das Bargeld dient vorwiegend der Abwicklung von Verrechnungen zwischen dem volkseigenen Sektor und den privaten

Haushalten sowie für Zahlungen der Privaten untereinander. Die volkseigenen Betriebe und die staatlichen Institutionen dagegen begleichen ihre gegenseitigen Forderungen ausschließlich bargeldlos. Sie sind verpflichtet, ihre Bargeldeinnahmen an ihre Bank abzuführen und die Mittel, die sie für Bargeldausgaben benötigen, von ihren Konten abzuheben. Diese Abgrenzung des Bargeld- und Bankgeldbereichs hat zwar nur technischen Charakter, ist aber eine wichtige Voraussetzung für die Planung und Lenkung des Geldumlaufs.

III. Der Bargeldumlauf

Unmittelbar nach der Befreiung, d. h. schon im Jahre 1945, wurde in Polen eine neue Valuta eingeführt. Die wirtschaftliche Entwicklung der ersten Jahre der Nachkriegszeit machte jedoch schon im Jahre 1950 eine Währungsreform erforderlich, bei der die alten Zloty im Verhältnis 100 : 3 gegen neue eingetauscht wurden.

Tabelle 1 zeigt, wie sich der Geldumlauf in den nachfolgenden Perioden der langfristigen Wirtschaftsplanung entwickelte.

Tabelle 1: Geldumlauf in Mrd. Zloty

Dreijahresplan	1. 1. 1947 — 31. 12. 1949
	1,8 — 5,2
Sechsjahresplan	1. 1. 1950 — 31. 12. 1955
	5,2 — 11,6
Erster Fünfjahresplan	1. 1. 1956 — 31. 12. 1960
	11,6 — 26,3
Zweiter Fünfjahresplan	1. 1. 1961 — 31. 12. 1965
	26,3 — 39,4

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Polen 1967, S. 568.

Diese Geldmittel befinden sich fast ausschließlich im Besitz der privaten Haushalte, die außerdem über ihre Spareinlagen verfügen. In den ersten Nachkriegsjahren waren diese Ersparnisse sehr niedrig; noch zu Ende des Jahres 1955 betragen sie nur 2,4 Mrd. Zloty und waren damit wesentlich geringer als die umlaufenden Geldmittel in Höhe von 11,6 Mrd. Zloty. In den folgenden Jahren wuchsen sie aber infolge der besseren Lebensbedingungen der Bevölkerung rasch an, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2: Spareinlagen der privaten Haushalte

Ende der Jahre	Gesamtsumme Mrd. Zl.	Zl. pro Kopf	Ersparnisse in v. H. der gesamten Geldmittel der Bevölkerung (Bargeld und Spareinlagen)
1955	2,4	87	17,1
1960	19,3	648	42,3
1965	58,8	1 862	59,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Polen 1967, S. 570.

Bargeld und Spareinlagen bilden zu jedem Zeitpunkt die potentielle Kaufkraft der privaten Haushalte, die den jeweils vorhandenen Warenbeständen am Markte gegenübertritt. Um voraussagen zu können, ob und in welchem Maße ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht wird, genügt es jedoch nicht, eine statische Relation zwischen Geldmenge und Warenangebot aufzustellen. Die Bedingungen des Gleichgewichts am Markte müssen auch dynamisch betrachtet werden, da sämtliche Faktoren, die das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beeinflussen, in jeder Periode weitgehenden Änderungen unterliegen. Für eine dynamische Analyse der Gleichgewichtsbedingungen werden nicht nur die Bestandsgrößen (Geldmittel und Warenangebot), sondern auch die Stromgrößen (Einkommen und Ausgaben, Produktions- und Absatzströme) herangezogen.

Die Geldmittel der privaten Haushalte, die durch Einnahmen wachsen und durch Ausgaben abnehmen, sind hinsichtlich ihrer Mobilität als Kaufkraft nicht einheitlich einzuschätzen. Ein Teil des Geldbestandes fungiert als „Transaktionsgeld“, worunter die Geldsumme zu verstehen ist, die sich aus Gründen der unvollkommenen Synchronisation zwischen Einnahmen und Ausgaben immer im Besitz der Bevölkerung befindet. Einen anderen Teil bilden die „freiwilligen Ersparnisse“, unter denen Geldmittel zu verstehen sind, die von den privaten Haushalten für zukünftige Einkäufe zurückgelegt werden. Sowohl das „Transaktionsgeld“ als auch die „freiwilligen Ersparnisse“ der privaten Haushalte sind „vertagte Kaufkraft“, von der keine inflationistischen Wirkungen ausgehen können. Einen anderen Charakter hat ein weiterer Teil der Ersparnisse, welcher auftreten kann, wenn Höhe oder Struktur des Warenangebots der Nachfrage nicht entsprechen. Dann kommt es zur Bildung von zwangsweisen „Ersparnissen“ bei den Haushalten, die dem nicht befriedigten Teil der Nachfrage entsprechen. Eine inflationäre Wirkung

solcher „Ersparnisse“ ist zwar wegen der Preisfixierung beschränkt, aber nicht vollständig ausgeschlossen, weil sich auf den freien resp. „nicht organisierten“ Märkten unter ihrem Einfluß Spekulationspreise bilden können.

Für die Planung von Angebot und Nachfrage am Markte müssen einerseits die statischen wie auch die dynamischen Faktoren des Gleichgewichts am Markte, andererseits die unterschiedliche Mobilität der verschiedenen Teile der Geldmittel der Bevölkerung in Betracht gezogen werden.

IV. Die Planung und Lenkung des Geldumlaufs

In einer sozialistischen Wirtschaft werden, wie bekannt, alle ökonomischen Prozesse direkt oder indirekt nach einem Plan gelenkt. Sie werden in allgemeiner, teilweise aber auch in konkreter Form im Nationalplan projektiert. Andererseits werden seitens des Staates Mittel eingesetzt, um eine optimale Erfüllung der Planaufgaben zu erzielen.

Für die Entwicklung der Geldeinkommen und Geldausgaben der Bevölkerung und für den sich daraus ergebenden Geldumlauf sind in erster Linie die Wachstumsrate des Volkseinkommens sowie seine Verwendungsstruktur maßgebend. Dies gilt aber nur für den langfristigen Aspekt des ökonomischen Wachstums. Im Verlaufe der Planerfüllung sind kurzfristige Maßnahmen möglich, die der Wiederherstellung des Gleichgewichts am Markte dienen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Maßnahmen aus dem Bereich der Finanz- und Kreditpolitik.

Als Mittel der Plankontrolle werden lang- und kurzfristige Geldumlaufpläne und die damit eng verbundenen Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte aufgestellt und Berichte über ihre Einhaltung verfaßt. Sie dienen einerseits dazu, den geplanten Geldumlauf mit den Erfordernissen, die sich aus dem Nationalplan ergeben, abzustimmen, zum anderen dazu, Abweichungen, die sich im Verlaufe der Plandurchführung ergeben können, zu erkennen und durch den Einsatz laufender Maßnahmen zu beheben.

Der Geldumlaufplan umfaßt sämtliche Bareinnahmen und -ausgaben der Nationalbank; der Saldo zeigt die Vergrößerung oder ausnahmsweise die Verkleinerung des Geldumlaufs im Lande. Tabelle 3 gibt eine Übersicht über die Ein- und Auszahlungsstruktur der Nationalbank.

Tabelle 3: Einnahmen und Ausgaben der Nationalbank in v. H.

Einnahmen	1961	1965	Ausgaben	1961	1965
1. Warenverkauf im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel	73,8	66,7	1. Löhne und andere Zahlungen an die im staatlichen Sektor Beschäftigten	47,3	43,2
2. Einnahmen aus Dienstleistungen an die Bevölkerung	7,3	7,8	2. Renten- und Versicherungsleistungen	9,0	8,4
3. Steuern, Gebühren usw.	5,4	3,9	3. Einkauf von landwirtschaftlichen und anderen Produkten im Privatsektor	20,0	18,0
4. Tilgung von Bankkrediten	2,0	4,6	4. Erteilte Bankkredite	2,3	4,1
5. Spareinlagen	8,5	14,0	5. Abhebung von Spareinlagen	10,3	15,1
6. Andere Einnahmen	1,6	2,3	6. Andere Ausgaben	11,1	11,2
7. Vergrößerung des Geldumlaufs	1,4	0,7			
	100	100		100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

In der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte finden die Geldströme, die im Geldumlaufsplan figurieren, abermals ihren Niederschlag. Sie werden aber nicht als Barzahlungen zugunsten und seitens der Nationalbank, sondern unmittelbar vom Standpunkt der privaten Haushalte aus erfaßt. Daraus ergeben sich gewisse Unterschiede in der Größe der in Betracht kommenden Summen. So werden z. B. die Löhne in der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte brutto aufgeführt, d. h. ohne Abzug der Einkommensteuer, die als Ausgabeposten figuriert, im Geldumlaufsplan dagegen netto, d. h. in der Höhe, in der die Geldmittel für die Lohnzahlungen von den Betrieben und Institutionen bei der Bank abgehoben werden. Ein anderes Beispiel betrifft den Wareneinkauf seitens der Bevölkerung. Im Geldumlaufsplan wird nur der mit Bargeld bezahlte Teil berücksichtigt, weil die Käufe entsprechend den Zahlungen der Handelsgeschäfte an die Nationalbank erfaßt werden. In der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte werden dagegen alle Warenkäufe berücksichtigt; bei Ratenzahlungen erscheint der Warenkredit als Einnahmegegenposition. Da der Geldumlaufsplan die tatsächlich erfolgenden Zahlungen widerspiegelt, spielt er vom operativen Standpunkt aus eine größere Rolle als die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. Für die ökonomische Analyse der Marktverhältnisse dagegen ist die Bilanz

der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte aussagefähiger als der Geldumlaufplan. Tabelle 4 zeigt die Struktur der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.

Tabelle 4: Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in v. H.

Einnahmen	1961	1965	Ausgaben	1961	1965
1. Löhne und andere Einkommen der im staatlichen Sektor Beschäftigten	59,2	58,8	1. Wareneinkauf im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel	74,3	72,2
2. Renten- und Versicherungsleistungen	9,1	9,2	2. Ausgaben für Dienstleistungen des staatlichen Sektors	6,0	7,4
3. Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten und anderen Waren im Privatsektor	21,1	19,4	3. Steuern, Gebühren usw.	9,8	9,1
4. Bankkredite	5,4	6,8	4. Rückzahlung von Bankkrediten	4,8	5,2
5. Andere Einnahmen	5,2	5,8	5. Andere Ausgaben	2,7	3,1
			6. Zuwachs von a) Bargeldreserven b) Spareinlagen	1,4 1,0	0,6 2,4
	100	100		100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

V. Die Planung und Lenkung der Bankkredite

Der Kreditplan erfaßt auf der einen Seite sämtliche Kredite, auf der anderen Seite die Quellen der ausgeliehenen Mittel. Somit enthält er nicht nur — wie der Geldumlaufplan — die Bargeldmittel, sondern auch das Bankgeld. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Plänen besteht darin, daß die Geldströme im Geldumlaufplan in Form von Einnahmen und Ausgaben über die Planungsperiode hinweg, die Bankkredite und ihre Quellen im Kreditplan dagegen nach ihrem Stand am letzten Tage der Periode angesetzt werden. Während infolgedessen der Saldo des Geldumlaufplanes den Zuwachs oder ausnahmsweise die Abnahme der Bargeldemission in den einzelnen Phasen der Planungsperiode widerspiegelt, weist der Saldo des Kreditplanes den Stand der Bargeldemission am letzten Tage dieser Periode auf. Der nach diesem Prinzip aufgebaute Kreditplan ist — bei beliebiger Gestaltung der Kredite und ihrer Deckungsposten zwischen Anfang und Ende der geplanten Periode — erfüllt, wenn am letzten Tage der Periode die Ist- und Sollzahlen übereinstimmen.

Bankkredite werden sowohl volkseigenen Betrieben und Betriebsvereinigungen als auch der Privatwirtschaft und den privaten Haushalten gewährt. Tabelle 5 zeigt die Struktur der Kredite in den Jahren 1961 und 1965.

Tabelle 5: Verteilung der Kredite auf den staatlichen und den privaten Sektor in v. H.

	1. 1. 1961	31. 12. 1965
1. Kredite an die volkseigenen Betriebe	88,6	80,3
2. Kredite an die Privatwirtschaft und die privaten Haushalte	11,4	19,7
	100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

Volkseigene Betriebe und Betriebsvereinigungen erhalten Bankkredite sowohl für ihre Investitionen als auch für die Finanzierung ihrer Umlaufmittel. Die Prinzipien der Krediterteilung sind eng mit der Art der Endfinanzierung verbunden, die entweder über den Staatshaushalt oder auf dem Wege der Selbstfinanzierung erfolgt.

Nach diesem System werden die wichtigsten Investitionen, d. h. diejenigen Kapitalanlagen, die über das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und über die Struktur des Sozialprodukts entscheiden, unentgeltlich aus dem Staatshaushalt finanziert. Die dazu benötigten Mittel stellen die Banken für die Dauer des Investitionsprozesses auf dem Kreditwege zur Verfügung, bis sie aus Mitteln des Staatshaushaltes zurück-erstattet werden. Zweck der Kreditierung ist die verschärfte Kontrolle der ökonomischen Effizienz dieser Kapitalanlagen seitens der Banken.

Andere Investitionen werden aus eigenen Mitteln und Mitteln der Betriebsverbände finanziert. Hierzu gehört der „Entwicklungsfonds“ der Betriebe, den sie aus Teilen ihrer Gewinne bilden. Bei den Betriebsvereinigungen gehört der Investitionsfonds zu diesen Mitteln, der von der Spitze der Betriebsvereinigungen aus Teilen der Gewinne und der Abschreibungen¹ der Betriebe gebildet wird. Für diese Investition können auch Bankkredite beansprucht werden.

Die Umlaufmittel der Betriebe werden aus eigenen Mitteln und mit Bankkrediten finanziert. Den wichtigsten Teil des Umlaufvermögens

¹ Der andere Teil der Abschreibungen dient der Finanzierung der Generalreparaturen.

bilden die Bestände an Produktionsmitteln (Rohstoffe, Hilfsmaterialien, Ersatzteile usw.) und Produktionserzeugnissen (Halb- und Fertigwaren). Zu den eigenen Mitteln der Betriebe gehört ihr „Entwicklungsfonds“, der, wie erwähnt, aus Teilen des Gewinns gebildet wird. Diese Mittel dienen der Finanzierung dauerhafter Bestände, die — zur Stärkung der Bankenkontrolle über die Betriebe — auch teilweise durch Kredite finanziert werden können. Ausschließlich durch Kredite werden saisonbedingte Lagerbestände finanziert. Dagegen können für Lagerbestände, die nicht als notwendig anerkannt worden sind, in der Regel keine Kredite gewährt werden. Zur Finanzierung solcher Bestände müssen die Betriebe eigene Mittel verwenden, was ihre Möglichkeiten beschränkt, den Entwicklungsfonds für Investitionszwecke einzusetzen.

Tabelle 6 zeigt die Aufteilung der Gesamtkredite der volkseigenen Betriebe auf Betriebs- und Investitionskredite für die Jahre 1961 und 1965. Aus Tabelle 7 ist die Verteilung der Kredite nach Wirtschaftszweigen ersichtlich.

Tabelle 6: Struktur der Kredite der volkseigenen Betriebe in v. H.

	1. 1. 1961	31. 12. 1965
1. Betriebskredite	92,7	93,7
2. Investitionskredite	7,3	6,3
	100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

Tabelle 7: Struktur des Kreditvolumens nach Wirtschaftszweigen in v. H.

	1. 1. 1961	31. 12. 1965
1. Industrie	36,1	42,3
2. Handel	50,7	42,3
3. Land- und Forstwirtschaft	4,9	5
4. Bauindustrie	6,1	7,9
5. Sonstige Wirtschaftszweige	2,2	1,1
	100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

Bei der Krediterteilung an den privaten Sektor der Wirtschaft handelt es sich vorwiegend um Kredite an die selbständige Landwirtschaft. Die privaten Haushalte können für den Wohnungsbau und für Ratenkäufe Kredite erhalten. Die Struktur der Kredite an den Privatsektor in den Jahren 1961 und 1965 zeigt Tabelle 8.

Tabelle 8: Kredite an den privaten Sektor

	Mrd. Zloty		Zuwachs in v. H.
	1. 1. 1961	31. 12. 1965	
Gesamtsumme der Kredite an die Privatwirtschaft und die privaten Haushalte	17,4	44,2	155,2
davon:			
Kredite an die Landwirtschaft (incl. Bauerngenossenschaften und -vereine)	10,5	23,2	120,9
Kredite an den übrigen Privatsektor	0,2	1,0	400
Kredite für den Wohnungsbau	6,7	20,2	200

Nach Zahlen der Nationalbank.

Tabelle 9 und 10 zeigen die Kreditgewährung an die Landwirtschaft bzw. an den Wohnungsbau.

Tabelle 9: Struktur des landwirtschaftlichen Kreditvolumens nach Verwendungszwecken

	1. 1. 1961		31. 12. 1965	
	Mill. Zl.	in v. H.	Mill. Zl.	in v. H.
1. Kredite für Investitionszwecke und Reparaturen	2 505	28,6	5 648	34,1
2. Kredite für Ackerbau	3 825	43,7	6 362	38,4
3. Kredite für Viehzucht	1 478	16,9	2 460	14,8
4. Kredite für die Mechanisierung der Landwirtschaft	941	10,8	2 106	12,7
zusammen	8 749	100	16 576	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

Tabelle 10: Kredite an den Wohnungsbau in Mill. Zloty

	1. 1. 1961		31. 12. 1965	
	Mill. Zl.	in v. H.	Mill. Zl.	in v. H.
Kreditvolumen insgesamt	2 319,0		3 314,0	42,9
davon an Private	756,3		705,9	-6,7

Nach Zahlen der Nationalbank.

In Tabelle 11 sind die Deckungsposten der Bankkredite aufgeführt.

Tabelle 11: Deckungsposten der Bankkredite in v. H.

	1. 1. 1961	31. 12. 1965
1. Eigene Mittel der Banken	7,8	6,4
2. Bankdepositen	40,1	40,2
3. Überschüsse des Staatshaushalts	33,9	39,3
4. Geldumlauf	18,2	14,1
	100	100

Nach Zahlen der Nationalbank.

Der ziemlich hohe Anteil der Haushaltsüberschüsse (im Jahre 1961 33,9 v. H. und im Jahre 1965 39,3 v. H.) ist darauf zurückzuführen, daß die Einlagen der privaten Haushalte bei der Allgemeinen Sparkasse alljährlich vom Staatshaushalt übernommen wurden. Seit 1966 bleiben die bei dieser Kasse deponierten Ersparnisse auf ihrem Konto bei der Nationalbank. Die früher in den Staatshaushalt übernommenen Summen wurden an die Sparkasse zurückgezahlt.

VI. Das monetäre Gleichgewicht

Das Problem des monetären Gleichgewichts ist insofern eng mit dem des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage am Gütermarkt verbunden, als das monetäre Gleichgewicht als eine Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Marktgleichgewichts betrachtet werden kann.

Die grundlegenden Bedingungen des güterwirtschaftlichen Gleichgewichts sind in einer sozialistischen Wirtschaft im Nationalplan fixiert und zwar in seinen langfristigen Projektionen der Wachstumsrate des Volkseinkommens resp. Sozialproduktes und seiner Verwendungsstruktur.

Für das wirtschaftliche Wachstum ist die Aufteilung des Volkseinkommens in Akkumulation (Investitionen im Produktionssektor) und Konsumtion (individueller und gesellschaftlicher Konsum und Investitionen in Konsumtivkapital) entscheidend. Auf kurze Sicht besteht dabei ein Konflikt zwischen dem Streben nach maximalem Konsum und der Notwendigkeit, die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu sichern, während langfristig das wirtschaftliche Wachstum der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung dient.

Für das wirtschaftliche Gleichgewicht dagegen ist nicht nur die Aufteilung des Volkseinkommens in Investition und Konsum, sondern auch die Struktur des Konsums, d. h. der Anteil der individuellen — auf eigenem Einkommen beruhenden — und der gesellschaftlichen — vom Staat subventionierten — Konsumtion von entscheidender Bedeutung. Trotz gleicher Verwendungsstruktur des Volkseinkommens können sich nämlich die Bedingungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts verschieden gestalten, je nachdem, wie groß die Anteile der erwähnten Formen der Konsumtion an dem zu Konsumzwecken bestimmten Teil des Volkseinkommens sind.

Bei der Planerfüllung können aus objektiven oder subjektiven Gründen Abweichungen von den Plangrößen auftreten, die das wirtschaftliche Gleichgewicht gefährden. In solchen Fällen müssen oft kurzfristige Maßnahmen der Preis-, Steuer-, Kreditpolitik usw. eingesetzt werden,

die aber nur dann ausreichen, wenn die Abweichungen konjunktureller Art sind. Bei strukturellen Abweichungen sind Änderungen in den langfristigen Projektionen der Nationalpläne notwendig, wie sie in Polen während der Durchführung des Sechsjahresplans (1950 bis 1955) und des zweiten Fünfjahresplans (1961 bis 1965) vorgenommen wurden.

Die Frage, wie der monetäre Aspekt des wirtschaftlichen Gleichgewichts (oder anders ausgedrückt: das monetäre Gleichgewicht) zu behandeln ist, wird in unserer Literatur nicht eindeutig beantwortet. In der älteren Literatur zu diesem Thema wurde oft der Standpunkt vertreten, daß die sozialistische Planwirtschaft Inflationserscheinungen ausschließt und somit imstande ist, das monetäre Gleichgewicht unter allen Bedingungen — von Kriegszuständen abgesehen — aufrechtzuerhalten.

Nach dieser Auffassung gelten als Inflationserscheinungen nur solche Veränderungen der Lebenshaltungskosten, die über die durchschnittlichen Einkommenserhöhungen der Periode hinausgehen². Auf der Grundlage einer solchen Definition ist die Schlußfolgerung, daß es in einer Planwirtschaft nicht zu Inflationserscheinungen kommen kann, vollkommen berechtigt, da es in einer sozialistischen Wirtschaft keinen Widerstreit der Interessen gibt, durch den bei von Jahr zu Jahr ziemlich rasch wachsender Produktion und steigender Arbeitsproduktivität eine Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards verhindert werden könnte.

Für Polen läßt sich das an Hand der Entwicklung der durchschnittlichen Reallöhne (Tabelle 12) oder auch der Entwicklung der für Konsumzwecke verwendeten durchschnittlichen Einkommen in der Landwirtschaft (Tabelle 13) beweisen, die sich im Vergleich zu 1955 = 100 folgendermaßen entwickelten:

Tabelle 12: Entwicklung der Reallöhne

1955	100
1956	111,6
1957	120,9
1958	124,8
1959	131,1
1960	129,1
1961	132,4
1962	133,0
1963	136,2
1964	139,0
1965	139,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Polen 1967, S. 522.

² Rein theoretisch sind auch Preisniveauerhöhungen bei stabilen oder sogar sinkenden durchschnittlichen Einkommen denkbar, wie sie von einer Variante dieser Definition berücksichtigt werden.

Tabelle 13: Entwicklung der Einkommen in der Landwirtschaft

1955	100
1956	113
1957	119
1958	122
1959	120
1960	128
1961	133
1962	132
1963	130
1964	137
1965	144

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Polen 1967, S. 523.

Nach einer zweiten Auffassung des monetären Gleichgewichts gilt jede Preissteigerung, die zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führt, als Inflationserscheinung — gleichgültig, ob die durchschnittlichen Real-einkommen der Bevölkerung gleichzeitig wachsen oder nicht. Von diesem Standpunkt aus müßte man die Inflation als eine Erscheinung betrachten, die in einer sozialistischen Wirtschaft vielleicht nicht so akut ist wie im Kapitalismus, aber doch ziemlich häufig vorkommt. Für Polen gibt der Einzelhandelspreisindex, dessen Entwicklung im Vergleich zu 1955 = 100 Tabelle 14 zeigt, davon ein Bild.

Tabelle 14: Einzelhandelspreisindex

1955	100
1956	99
1957	105,9
1958	109
1959	110,3
1960	112,2
1961	113,1
1962	115,9
1963	116,9
1964	118,3
1965	119,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Polen 1967, S. 357.

Die beiden bislang erwähnten Definitionen des Begriffs Inflation sind jedoch nicht geeignet, die Probleme des monetären Gleichgewichts in einer sozialistischen Wirtschaft zu erfassen. In einer Planwirtschaft kann man als Inflationserscheinungen nur solche Preissteigerungen ansehen, die in der betrachteten Periode nicht allen Schichten und Gruppen der Bevölkerung durch Einkommenserhöhungen entgolten werden. Diese dritte Definition der Inflation stellt darauf ab, daß es 1. immer zu sol-

chen Preissteigerungen kommen muß, die die Lebenshaltungskosten erhöhen, daß 2. diese Preiserhöhungen nur einen Teil der Bevölkerung in Form einer „Inflationssteuer“ belasten und daß 3. diese Belastung nur zeitweiligen Charakter hat, weil auf längere Sicht der Ausgleich — in Form von Einkommenserhöhungen oder Preissenkungen — für alle wirksam wird.

Theoretisch könnten solche Erscheinungen durch Preisfixierung bzw. -senkung oder durch Preissteigerungen bei für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung gleichmäßiger Einkommenserhöhung vermieden werden. Die Praxis der sozialistischen Wirtschaft weicht aber im Prinzip davon ab. Die Ursache liegt nach Ansicht des Verfassers darin, daß die Einkommenspolitik in einer Planwirtschaft ziemlich stark differenzieren muß, was einerseits zu Preissteigerungen führt und andererseits nur bei Preissteigerungen möglich ist.

Die Haupteinkommensquellen der privaten Haushalte sind in Polen die Löhne der im sozialistischen Sektor Beschäftigten und die Einkommen der selbständigen Bauern. Die Notwendigkeit, zwischen der Lohnentwicklung und der Entwicklung der bäuerlichen Einkommen zu differenzieren, ergibt sich aus

- a) den wechselnden Aufgaben der Beschäftigungspolitik — Beschleunigung oder Hemmung der Wanderung der Arbeitsbevölkerung vom Lande zur Stadt —,
- b) dem unterschiedlichen Tempo des technischen Fortschritts und der daraus folgenden unterschiedlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivitäten in der Industrie und der Landwirtschaft,
- c) dem Erfordernis, auf die Entwicklung verschiedener landwirtschaftlicher Produktionszweige stimulierend einzuwirken.

Was die Differenzierung der Lohnerhöhungen innerhalb des sozialistischen (staatlichen und genossenschaftlichen) Sektors anbetrifft, so ist sie notwendig, um

- a) auf die Struktur der Beschäftigung im Rahmen des sozialistischen Sektors einzuwirken und
- b) dem unterschiedlichen Tempo der Arbeitsproduktivitätserhöhungen in verschiedenen Zweigen der Industrie Rechnung zu tragen.

Wie die Praxis beweist, lassen sich diese Ziele der Einkommenspolitik nicht erreichen, wenn man nur die mit der wirtschaftlichen Entwicklung entstehenden Möglichkeiten zur Einkommenserhöhung ausschöpft. Es ist

vielmehr unvermeidlich, den Produktivitätsspielraum zu überschreiten, was Preissteigerungen und damit Inflationserscheinungen gemäß der dritten Definition nach sich ziehen muß. Ist z. B. im laufenden Jahr eine durchschnittliche Einkommenserhöhung um 2 v. H. möglich, erachtet man andererseits in einigen Industriezweigen Lohnerhöhungen um 3 v. H. als zweckmäßig, so muß der Überschuß *ceteris paribus* durch Preissteigerungen ausgeglichen werden. Preiskorrekturen werden im Laufe der Planerfüllung vorgenommen, obwohl sie oft bereits zur Zeit der Planaufstellung vorauszusehen sind. Es bleibt dann nur die Frage, wie das reale Einkommensniveau bei dem Teil der Bevölkerung, der dadurch benachteiligt wird resp. die Last der „Inflationssteuer“ trägt, am schnellsten wiederhergestellt werden kann.

An diesem etwas schematischen Modell der Einkommenserhöhungen und Preissteigerungen wird ersichtlich, daß in einer Planwirtschaft Inflationserscheinungen vorwiegend den Charakter einer Kosteninflation annehmen: Aufgrund von Einkommenserhöhungen, die die Produktionskosten belasten, kommt es zu Preissteigerungen, die zu einer zeitweiligen Senkung des Realeinkommens eines Teils der Bevölkerung führen. In der Praxis ist dieser Mechanismus viel komplizierter, weil unter anderem

1. ungeplante Einkommenserhöhungen durch Normenüberschreitungen bei Arbeitern und Aufstieg zu höheren Lohngruppen und durch Lohnüberbietungen — besonders im privaten Wirtschaftssektor — auftreten,
2. die Preispolitik sich nicht nur an der Kostendeckung orientieren kann, sondern auch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage sowie die Entwicklung der Verbrauchsstruktur berücksichtigen muß,
3. gelegentlich mit unvorhergesehenen Preisänderungen — besonders am Privatmarkt — zu rechnen ist,
4. die „*ceteris-paribus*“-Bedingung eher ein theoretischer Fall ist — Abweichungen können sich z. B. bei der vorausgeschätzten Größe der privaten Ersparnis ergeben.

Alles dies bedeutet, daß die Spanne zwischen der neutralen Einkommenserhöhung — im Beispiel 2 v. H. — und der als zweckmäßig erachteten — im Beispiel 3 v. H. — das Ergebnis vieler komplizierter Faktoren ist. Jedoch resultiert daraus keine grundsätzliche Modifizierung der Behauptung, daß es sich in der Planwirtschaft vorwiegend um Kosteninflationen handelt.

In der polnischen Literatur³ hat man versucht, die vom Standpunkt des monetären Gleichgewichts neutrale durchschnittliche Einkommenserhöhung im Produktionssektor zu berechnen. Zu diesem Zweck kann folgende Gleichung dienen:

$$(1) \quad \frac{L_t}{L_0} = \frac{P_t}{P_0} \cdot \frac{1 - A_t - U_t + E_t}{1 - A_0 - U_0 + E_0}$$

wobei L reales Durchschnittseinkommen im Produktionssektor,

P Arbeitsproduktivität,

A Anteil der Akkumulation im Produktionssektor am Volkseinkommen,

U Anteil der nicht produktiven Ausgaben am Volkseinkommen, die nicht aus den Löhnen der im Produktionssektor Beschäftigten getätigt werden, und

E Anteil der Ersparnisse der privaten Haushalte am Volkseinkommen

bedeuten. Der Index (o) wird für das Ausgangsjahr, der Index (t) für das Endjahr der betrachteten Periode benutzt.

Daraus läßt sich folgern, daß die Entwicklung der durchschnittlichen Realeinkommen im Produktionssektor von zwei Faktoren abhängig ist:

1. der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Volkseinkommen pro Beschäftigten),
2. dem Koeffizienten, der die Änderungen in den Proportionen des wirtschaftlichen Wachstums ausdrückt:

$$\frac{1 - A_t - U_t + E_t}{1 - A_0 - U_0 + E_0}$$

Das Verhältnis zwischen dem Arbeitsproduktivitätszuwachs und der Einkommenserhöhung im produktiven Sektor kann sich theoretisch folgendermaßen entwickeln:

1. Arbeitsproduktivität und Durchschnittseinkommen wachsen proportional;
2. die Belastung des Volkseinkommens durch Akkumulation (A) und unproduktiven Verbrauch (U) sinkt oder wird durch eine Erhöhung der Haushaltersparnis (E) verringert, was zu einer das Ausmaß des

³ M. *Kucharski*, Wplym zmian proporcji wzrostu gospodarczego na równowagę rynkową (Einfluß der Änderungen in den Wachstumsproportionen auf das Marktgleichgewicht), Warschau 1967.

Arbeitsproduktivitätszuwachses überschreitenden Einkommenserhöhung führt;

3. die erwähnten Belastungen des Volkseinkommens wachsen, was nur eine das Ausmaß des Arbeitsproduktivitätszuwachses unterschreitende Einkommenserhöhung zuläßt.

Preisstabilität oder auch Preissenkung ist nur dann möglich, wenn

$$(2) \quad \frac{N_t}{N_0} \leq \frac{P_t}{P_0} \cdot \frac{I - A_t - U_t + E_t}{I - A_0 - U_0 + E_0}$$

wobei N durchschnittliches Nominaleinkommen bedeutet. Das monetäre Gleichgewicht kann also aufrechterhalten werden, wenn der Zuwachs der durchschnittlichen Nominaleinkommen die Grenze, die durch die beiden Komponenten für den Zuwachs des Realeinkommens festgesetzt wird, nicht überschreitet.

In diesem Modell wurden nur die Einkommen im Produktionssektor in Betracht gezogen, was aber nicht bedeutet, daß die sonstigen Einkommen keinen Einfluß auf das monetäre Gleichgewicht haben. Die anderen Einkommen wurden als Faktoren der Änderung der Proportionen des wirtschaftlichen Wachstums behandelt, und zwar wurden sie bei den unproduktiven Ausgaben (U) berücksichtigt.

Für die Jahre 1955 bis 1960 und 1960 bis 1965 sind in der erwähnten Untersuchung für Polen folgende Werte berechnet worden:

1. Arbeitsproduktivitätszuwachs $(P_t : P_0) \cdot 100$

1955—1960	133,56 %
1960—1965	124,43 %

2. Koeffizienten, die sich aus den Änderungen in den Proportionen des wirtschaftlichen Wachstums ergeben

$$\frac{I - A_t - U_t + E_t}{I - A_0 - U_0 + E_0}$$

1955—1960	1,027
1960—1965	0,9093.

Als Grenze der möglichen — im Sinne des monetären Gleichgewichts neutralen — Erhöhung der durchschnittlichen Einkommen im Produktionssektor ergibt sich daraus:

$$(L_t : L_0) \cdot 100$$

1955—1960	137,2 %
1960—1965	113,1 %.

Aus obigen Erwägungen kann eine Reihe weitgehender Schlüsse gezogen werden, die aber den Rahmen dieses Beitrags überschreiten würden.

VII. Organisation der Spareinlagen der Bevölkerung

Die Hauptaufgabe der Sparkassen — der Allgemeinen Sparkasse, genannt PKO, und der Spar- und Kreditgenossenschaften, genannt SOP, — ist die Sammlung der Ersparnisse der privaten Haushalte und der Geldmittel des privaten Sektors. Diese Mittel werden der Nationalbank zur Verfügung gestellt und dienen Kreditzwecken. Die Geldmittel können in den Sparinstituten außer auf Sparkonten auch auf Girokonten gehalten werden; in diesem Fall dienen sie zu Scheckzahlungen, besonders seitens der privaten Unternehmungen. Außerdem gewähren diese Institute — besonders die SOP — Kredite an die privaten Haushalte und die Privatwirtschaft.

Weil Spareinlagen eine stabilere Geldreserve darstellen als Bargeld, wird ihre Entwicklung gefördert. Sie werden in erster Linie durch Zinssätze stimuliert, die nach den Kündigungsfristen gestaffelt sind. Außerdem gibt es in Polen Sparbücher, deren Besitzer anstatt Zinsen Geldprämien oder Sachprämien erhalten. Im letzteren Fall werden die Prämien jedes Vierteljahr in einer Höhe ausgelost, die der Verzinsung der Gesamtsumme der prämierten Spareinlagen entspricht. Eine spezielle Art von Spareinlagen bilden die sogenannten Zweckeinlagen, bei denen die Mittel im voraus einem bestimmten Ziel gewidmet sind. Als Beispiel können Wohnungsbauersparnisse dienen, aufgrund derer Bau- und Mietverträge mit den entsprechenden Genossenschaften abgeschlossen werden können. Solche Spareinlagen werden bei Preissteigerungen der Baumaterialien valorisiert.

Die Girokonten sind reine Depositenkonten, die nicht der Kreditgewährung dienen. Sie werden nur zu Baroperationen (Geldeinzahlungen und -auszahlungen) und zu bargeldlosen Zahlungen (Überweisungen) verwandt.

Die Abteilungen der PKO sind im ganzen Lande und die der SOP überwiegend in den Dörfern tätig. Letztere haben nicht nur die Aufgabe, Spareinlagen der privaten Haushalte zu sammeln, sondern führen auch Konten verschiedener in den Dörfern tätiger Institutionen, leisten den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Bankdienste und gewähren den selbständigen Bauern Kredite. Deckungsposten für die Kredite sind Mittel, die die Bank für Landwirtschaft der SOP zur Verfügung stellt, und eigene Mittel. Die fremden Mittel dürfen nur für die im Kreditplan vorgesehenen Produktionszwecke verwandt werden. Die eigenen Mittel stehen jeder SOP zur freien Verfügung und können für die Kreditierung beliebiger Produktions- wie auch Konsumzwecke ausgeliehen werden.